



5. Februar 2026

## Stellungnahme zu Palästina und Israel und die Position des rheinland-pfälzischen Landtags seit dem 7.10.2023

Offener Brief  
an

- den Präsidenten des Landtages RLP
- den Ministerpräsidenten des Landes RLP
- die Fraktionsvorsitzenden des Landtages RLP (CDU, SPD, FDP, Grüne, Freie Wähler)
- die Abgeordneten des Landtages RLP

Kopie an zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft

### Der 7.10.2023

Der Landtag des Landes RLP hat eine verstörende Einigkeit gezeigt in der Debatte<sup>1</sup> um den Hamas-Angriff auf Israel. Die Rhein-Zeitung titelte<sup>2</sup>: „Wir stehen an der Seite Israels.“ Ihr habt den Angriff der Hamas verurteilt und den Jüdinnen und Juden eure Solidarität bekundet. Ihr habt eine Schweigeminute für die Opfer des 7.10. eingelegt. Auch haben wir eure Bereitschaft vernommen, jüdisches Leben zu schützen und Antisemitismus zu bekämpfen. (Rede von Frau Ministerpräsidentin M. Dreyer)<sup>3</sup>.

Über die Medien hat der Landtag bereits alles gesagt, was Palästinenserinnen und Palästinenser wissen sollen. Wir haben verstanden, was wir für euch sind: *menschliche Tiere*, um ein Wort des (ehem.) israelischen Verteidigungsministers vom 09.10.2023 zu verwenden. Diese Aussage überprüft derzeit der Internationale Gerichtshof auf die Intention eines Völkermords. Und wenn die ehemalige deutsche Außenministerin im Bundestag „klarstellt“, dass zivile Standorte ihren Schutzstatus verlieren können<sup>4</sup>, dann wissen wir, palästinensisches Leben hat für euch keinen Wert. Wir ertragen euren Rassismus nicht mehr, wir werden ausgestoßen aus eurer Gesellschaft.

Auch wir – Menschen in Deutschland mit palästinensischen Wurzeln – waren entsetzt. Wir verzichten auf jede weitere verbale Verurteilung und verwahren uns gleich zu Beginn dieses Schreibens gegen jeglichen Versuch, Worte dieses Briefes als Zustimmung zur Gewalt der Hamas oder allgemeine Zustimmung zu Gewalt zu interpretieren.

1.200 ermordete Israelis haben eure Herzen bewegt. Die 6.346 von Israel ermordeten palästinensischen Opfer davor<sup>5</sup>, sorgfältig dokumentiert von der UN-Organisation OCHA, waren euch gleichgültig.

Die Hamas „besteht aus einer politischen Partei, einem sozialen Hilfswerk und den paramilitärischen Izzaddin al-Qassam-Brigaden.“ (Wikipedia.de)<sup>6</sup> Sie gewann 2006 die Wahlen zum Palästinensischen Nationalrat mit absoluter Mehrheit. Sie unterhält **auch** zivilgesellschaftliche Strukturen wie Krankenhäuser, Feuerwehren, Schulen, Kindertagesstätten oder Verwaltungsbehörden. Wenn ihr die Hamas vernichten wollt, dann müsst ihr auch Lehrer\*innen, Professor\*innen, Erzieher\*innen, Verwaltungsbeamt\*innen, Pfleger\*innen und Hausmeister\*innen töten. Und das macht die israelische Armee! Und das ist ein schweres Verbrechen gegen die Menschheit<sup>7</sup>, ein Kriegsverbrechen, Völkermord!<sup>8</sup> **Damit habt ihr euch solidarisch erklärt.**

Die Gewalttat der Hamas – wir sprechen nicht in ihrem Namen – war nicht gegen jüdisches Leben gerichtet. Viele bedeutende Personen haben sich zu den Ursachen dieser Gewalttat geäußert: UNO-Generalsekretär Guterres formulierte deutlich, dass der 7. 10. "nicht im luftleeren Raum" stattgefunden hat und sprach in diesem Zusammenhang von der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete. Die Palästinenser litten seit 56 Jahren unter "erstickender Besatzung"<sup>9</sup>.

Im Gazastreifen **vor dem 7.10.2023** waren 2,3 Mio. Menschen auf 365 qkm eingesperrt. Die israelische Blockade des Gazastreifens erzeugte einen extremen Versorgungsmangel. Für die Bevölkerung bestand laut UN-Angaben Nahrungsmittelunsicherheit<sup>10</sup>. Eine UN-Organisation hat Gaza bereits 2017 für unbewohnbar erklärt<sup>11</sup>. Jedes zivilgesellschaftliche

Aufbegehren der Menschen gegen die Besatzungsmacht Israel wurde blutig niedergeschlagen. Scharfschützen der israelischen Armee schossen 2018 auf alle, die dem Zaun näher als 150 m kamen. Und ihr wundert euch über den Angriff der Hamas auf Israel am 7.10.2023. Viele wussten es. Er wird kommen! Die Ereignisse in den Jahren 2008, 2014, 2018 und 2021 waren deutlich. Erfahrene Politiker, auch palästinensische, haben davor gewarnt. Israel wusste sogar von konkreten Vorbereitungen eines Aufstandes.<sup>12</sup>

Einen klaren Blick auf die Realität hatte die Journalistin Amira Hass – Israelin, Jüdin, Kind von Überlebenden des Holocaust. Sie kommentierte in der israelischen Zeitung Haaretz<sup>13</sup>:

"In wenigen Tagen erlebten die Israelis das, was die Palästinenser seit Jahrzehnten routinemäßig erleben und immer noch erleben - militärische Übergriffe, Tod, Grausamkeit, getötete Kinder, auf der Straße aufgetürmte Leichen, Belagerung, Angst, Sorge um Angehörige, Gefangenschaft, Ziel von Rache sein, wahlloses tödliches Feuer auf Soldaten und Zivilisten, eine Position der Unterlegenheit, die Zerstörung von Gebäuden, Störungen der Feiertage oder Feste, Schwäche und Hilflosigkeit angesichts allmächtiger bewaffneter Männer und tiefe Demütigung. Deshalb muss es noch einmal gesagt werden: Wir haben es euch gesagt. Permanente Unterdrückung und Ungerechtigkeit explodieren unerwartet und an unerwarteten Orten. Blutvergießen kennt keine Grenzen."

Mittlerweile liegen 90% des Gazastreifens in Trümmern, die Anzahl der Toten liegt bei über 72.000 Menschen. Tausende von Toten werden noch unter den Trümmern vermutet<sup>14</sup>. Seit über zwei Jahren sind unsere Verwandten und Familien im Gazastreifen Bomben aus der Luft, Granaten der Schiffsartillerie und Panzern zu Land ausgesetzt - ohne eine Fluchtmöglichkeit. Die Menschen verhungern, Kinder sterben an Unterernährung. Der Internationale Gerichtshof ermittelt wegen Völkermord **und ihr seid immer noch solidarisch mit Israel**.

### **Internationales Recht**

Die internationale Gemeinschaft sieht mit anderen Augen als ihr. Die hier folgenden Fakten betreffen die Politik Israels seit 1948 bzw. 1967. Die Bedrohung der palästinensischen Bevölkerung verschärfte sich, nachdem eine ultra-rechte, faschistische Regierung im Dezember 2022 unter MP Netanyahu die Politik Israels maßgeblich bestimmte. Die folgenden Umstände sind auch als Anlass für die Gewalt des 7.10. anzusehen:

1. Ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofes (IGH)<sup>15</sup> kommt zu dem Schluss, dass die fortdauernde Präsenz Israels in den OPT<sup>16</sup> illegal ist und so schnell wie möglich beendet werden muss und ein System der Segregation und Apartheid darstellt. Auch internationale Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und die israelische NGO B'Tselem fordern das Ende der Apartheid.<sup>17</sup>
2. In Ost-Jerusalem und im Westjordanland wurden zahlreiche palästinensische Familien vertrieben, ihre Häuser abgerissen oder von zionistischen Siedlern eingenommen. Seit Dezember 2022 ist eine massiv angestiegene Siedlergewalt zu verzeichnen. Pogrome gegen die Zivilbevölkerung gehören zum Alltag im Westjordanland, Häuser und Autos brennen, bewaffnete, von der Armee beschützte Siedler dringen in Häuser ein, morden, zerstören die Felder und Olivenhaine vor der Ernte.<sup>18</sup>
3. Zahlreiche Menschen sitzen aus politischen Gründen im Gefängnis, zum Teil ohne Gerichtsurteil, ohne Anklage und Verteidigungsmöglichkeit. „Willkommen in der Hölle“ betitelt die israelische NGO B'Tselem ihren Bericht<sup>19</sup> über Israels Foltergefängnisse.

Das Internationale Recht trifft sowohl zur israelischen Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung als auch zu den militärischen Einsätzen Israels eindeutige Aussagen:

1. Namhafte Völkerrechtler<sup>20</sup> und internationale Organisationen<sup>21</sup>, auch die UNO<sup>22</sup> werfen Israel vor, durch seine Blockade eine humanitäre Katastrophe durch Hunger und Wassermangel zu erzeugen und dies als Kriegswaffe gegen die Zivilbevölkerung einzusetzen. Besonders betroffen sind Mütter, Kleinkinder und Ungeborene. Die Blockade und die Verweigerung von Wasser und Nahrung für die Zivilbevölkerung ist als Völkermord nach Artikel 2 der UN-Völkermordkonvention einzustufen. Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat Haftbefehle wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen gegen Israels Regierungschef Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant beantragt, darunter auch wegen des Verbrechens des Aushungerns.
2. Der UN-Menschenrechtsrat hat nun den dritten Bericht<sup>23</sup> über die Lage des Völkerrechts und der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas in diesem Jahr vorgelegt<sup>24</sup>: Die nun schon 58 Jahre dauernde Besatzung sei auf Dauer angelegt und verstoße gegen das Völkerrecht. Der Bericht bewertet die Blockade Gazas als rechtswidrige Besatzung und die Besiedlung der palästinensischen Gebiete mit der eigenen Bevölkerung als rechtswidrig nach Art. 49 der 4. Genfer Konvention.

Deutschland ist als Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet, die unterschriebenen Verträge und Konventionen zu beachten und diesen entsprechend auch zu handeln. Zu den zahlreichen Verletzungen international garantierter Rechte stellen wir bei Deutschlands Politikern ein lautes, nicht zu überhörendes SCHWEIGEN fest- auch von Ihnen . Mit der Lieferung von Waffen und eurem Schweigen seid ihr an Kriegsverbrechen und Völkermord beteiligt.

77 Jahre lang habt ihr die Klagen unseres Volkes über Vertreibung, Ermordungen, Unterdrückung und Ungerechtigkeiten, den Landraub durch völkerrechtlich illegale Siedler und die Einkerkung von Menschen ignoriert und auch zum Schweigen gebracht. Unsere Vertreibung mit den Höhepunkten 1947-49 und 1967 dauert bis heute an. Mit der neuen Regierung Netanyahu seit Dezember 2022 hat die Vertreibung einen neuen Höhepunkt erreicht. Den von den USA verkündeten „Frieden“ gibt es nicht: 500 Tote und mehr als 1.200 Verletzte sind seit Ausrufung des „Waffenstillstands“ zu beklagen<sup>25</sup>. Und im Westjordanland wurden in einem Jahr aus den Flüchtlingslagern 32.000 Menschen vertrieben und obdachlos<sup>26</sup>. Und auch hier hören wir euer Schweigen!

### **Deutsche „Recht“sprechung**

Und was macht ihr mit uns, die gegen eure Politik der „bedingungslosen“ Unterstützung der Kriegspolitik Israels protestieren? Ihr verbietet unsere Proteste<sup>27</sup> (jetzt und auch schon vor dem 7.10.2023 u. a. in Berlin, München, Dortmund, ...) Wenn wir ein „Freies Palästina – from the River to the Sea“ fordern, beschimpft ihr uns als Antisemiten und stellt uns wegen Volksverhetzung vor Gericht. Den Palästina-Kongress in Berlin am 12.4.2024 hat die Polizei mit Gewalt aufgelöst. Als Begründung werden u. a. „Hasstiraden gegen Israel und gegen Juden“ genannt. Kritik am Staat Israel wird als Hass definiert und den Hass gegen Juden erfindet man dazu. Diese Auflösung war rechtswidrig, wie das Verwaltungsgericht Berlin urteilte.

Die Liste grundgesetzwidriger Verbote der palästinensischen Stimmen mit Forderungen nach Frieden und Rechtsstaatlichkeit ist endlos lang. Das Grundgesetz beinhaltet große Ideale. Trotz Artikel 5 (Meinungsfreiheit), Artikel 8 (Versammlungsfreiheit) werden Verleumdung (Antisemitismus) und Falschinformationen ( u. a. Gewaltbereitschaft) als Mittel eurer Politik eingesetzt, um die Kritik an Israels Kriegsverbrechen und die Kritik an der deutschen Beteiligung daran zum Schweigen zu bringen. Wir können uns auf die Rechte aus diesen Artikeln nicht berufen. Ihr verweigert sie uns. „Israelkritik ist antisemitisch.“ Diese Hetze müssen sogar deutsche Juden über sich ergehen lassen, wenn sie die Politik Israels kritisieren.<sup>28</sup>

Nehmt es zur Kenntnis: wir Palästinenser haben keine 6 Mio. Juden umgebracht und wir lassen uns auch nicht von den Kindern des Holocaust-Tätervolkes in Feindschaft zu den Menschen jüdischen Glaubens setzen. Wir Palästinenser sühnen nicht eure Verbrechen. Wir haben mit eurem seit Jahrhunderten gepflegten Antisemitismus und dem daraus erwachsenen Zionismus nichts zu tun. In den Städten des Nahen Ostens waren die Religionen in Gestalt von Moscheen, Kirchen und Synagogen seit Jahrhunderten in respektvollem Neben- und Miteinander präsent.

Wir werden den Völkermord seit 2023 nie vergessen – und euer Schweigen, eure Zustimmung zum Völkermord auch nicht. Wir werden dies auch am 22.3.2026 nicht vergessen haben.

Für die Palästinensische Gemeinde in Koblenz und Umgebung e.V.

Das Dokument ist unterzeichnet von folgenden Personen:

<https://www.palaestina-koblenz.de/images/dokumente/aktionen/2026-Landtag-UListe.pdf>

Wir verteilen diese Schrift in der deutschen Zivilgesellschaft und den palästinensischen Gemeinden in Deutschland  
Diese Stellungnahme ist abrufbar unter <https://www.palaestina-koblenz.de/images/dokumente/2026-Landtag-E.pdf>

(siehe <https://www.palaestina-koblenz.de>)

1 7. Nov. 2023 (<https://landtag-rlp.de/de/aktuelles/aktuelles-aus-dem-landtag/nie-wieder-ist-jetzt---solidaritaet-mit-israel-19337>) und am 6.10.2024 (<https://landtag-rlp.de/de/aktuelles/aktuelles-aus-dem-landtag/landtag-hisst-israel-fahne-23552>)

2 Rhein-Zeitung (RZ) vom 8.11.2023, S. 3

3 Rhein-Zeitung (RZ) vom 8.11.2023, S. 3

4 <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/-/2679832>

5 Vom 1.1.2008 bis zum 7.10.2023 dokumentiert von UN OCHA OPT, <https://www.ochaopt.org/data/casualties> ,abgerufen am 29.01.2026

6 <https://de.wikipedia.org/wiki/Hamas>, abgerufen am 11.10.2024

7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist ein Straftatbestand im Völkerstrafrecht. Wichtigste vertragliche Rechtsquelle ist Artikel 7 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Strafbarkeit ist auch völkergewohnheitsrechtlich anerkannt. Philosophen wie Hannah Arendt und Karl Jaspers übersetzen die Formulierung mit „Verbrechen gegen die Menschheit“.

8 Den Vorwurf des Völkermords erheben internationale Organisationen im Rahmen des Völkerrecht, namhafte Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und zahlreiche Personen des öffentlichen Lebens:  
<https://www.palaestina-koblenz.de/images/dokumente/2024-ICC-Haftbefehle-1.pdf>  
<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session55/advance-versions/a-hrc-55-73-auv.pdf>  
<https://www.amnesty.org.uk/files/2024-12/Genocide%20report%20%E2%80%93%20full%20report.pdf>  
<https://transition-news.org/volkerrechtler-paech-netanjahus-vernichtungswahn-kann-nur-von-aussen-gestoppt-werden>

9 Zitiert in Die ZEIT vom 25.10.2023 <https://www.zeit.de/politik/2023-10/uno-antonio-guterres-nahost-israel>

10 Mehrere UN-Hilfsorganisationen sprechen von „geschätzten 100.000 lebensmittelunsicheren Familien und schutzbedürftigen Landwirten, deren Lebensunterhalt bedroht ist.“  
<https://news.un.org/en/story/2017/07/560842>

11 Zitiert nach Der Spiegel vom 11.7.2027, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/gaza-streifen-uno-bezeichnet-kuestenabschnitt-als-unbewohnbar-a-1157263.html>  
<https://www.rosalux.de/dossiers/archiv/westasien/gaza-2020-unbewohnbar>  
<https://www.un.org/unispal/document/gaza-unliveable-un-special-rapporteur-for-the-situation-of-human-rights-in-the-opt-tells-third-committee-press-release-excerpts/>  
<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-armee-amas-angriff-100.html>  
<https://www.spiegel.de/ausland/gazakrieg-was-israel-ueber-die-plaene-der-amas-wusste-a-3119e915-27a5-42bd-a712-128d505fada6>  
<https://www.tagesspiegel.de/internationales/codename-iericho-mauer-israel-wusste-wohl-seit-uber-einem-jahr-von-amas-planen-10866301.html>

13 Wörtlich zitiert und übersetzt: <https://www.haaretz.com/opinion/2023-10-10/ty-article/.premium/arriving-again-at-the-cycle-of-vengeance/0000018b-15d7-d2fc-a59f-d5df4d810000>  
<https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-351-gaza-strip>

14 Gutachten vom 19.7.24 über die rechtlichen Konsequenzen der Politik und Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT), einschließlich Ost-Jerusalem  
<https://www.ici-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-adv-01-00-en.pdf>

15 OPT = Occupied Palestinian Territory = von Israel besetzte, palästinensische Gebiete

16 Stiftung Wissenschaft und Politik:  
[https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A13\\_Amnesty\\_Israel.pdf](https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A13_Amnesty_Israel.pdf)

17 Human Rights Watch (2017): <https://www.hrw.org/de/news/2021/07/26/die-realitaet-der-apartheid>  
und [https://www.hrw.org/sites/default/files/media\\_2021/04/israel\\_palestine0421\\_web\\_0.pdf](https://www.hrw.org/sites/default/files/media_2021/04/israel_palestine0421_web_0.pdf)

18 <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/israel/infographics-israel-discriminatory-administ.pdf>  
<https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/countries/israel/20260105-thematic-report-israel-discrimin.pdf>  
<https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/thematic-report-israels-discriminatory-administration-occupied-west-bank>

19 B'Tselem: [https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/202408\\_welcome\\_to\\_hell\\_eng.pdf](https://www.btselem.org/sites/default/files/publications/202408_welcome_to_hell_eng.pdf)

20 Prof. Dr. Norman Paech, ehem. MdB und Gutachter für den Deutschen Bundestag, zitiert nach: <https://transition-news.org/volkerrechtler-paech-netanjahus-vernichtungswahn-kann-nur-von-aussen-gestoppt-werden>, abgerufen am 11.01.2026

21 UNICEF, <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/-/gaza-hunger-mangelernaehrung-steigt-rasant/351174>, abgerufen am 11.01.2026

22 Human Rights Watch, <https://www.hrw.org/de/news/2024/04/09/von-israel-auferlegte-hungersnot-gaza>, abgerufen am 11.10.2024

23 <https://unric.org/de/un-rufen-offiziell-eine-hungersnot-in-gaza-aus/>

23 Nach den beiden Berichten der Sonderberichterstatter Michael Lynk (HRC A/HRC/49/87 v. 21. März 2022) und Francesca Albanese (UNGV A/77/356 v. 21. 9. 22)

- 
- <sup>24</sup> UNGA A/77/328 v. 14. September 2022: <https://docs.un.org/en/A/77/328> und ein Kommentar von Prof. Dr. Norman Paech: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=91032>
- <sup>25</sup> <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-355-gaza-strip>
- <sup>26</sup> Vgl. FN 18
- <sup>27</sup> In Berlin wurden besonders seit 2022 die Mehrzahl pro-palästinensischer Kundgebungen im öffentlichen Raum untersagt. Ähnliche Tendenzen wurden in Frankfurt, München und zahlreichen anderen Städten registriert. Vgl. hierzu Peter Ulrich, Zentrum für Antisemitismusforschung: <https://www.youtube.com/watch?v=va6UYcuxK0c>
- <sup>28</sup> z. B. die „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nah-Ost e. V.“ in Berlin  
Vgl. auch Peter Ulrich, s. o.